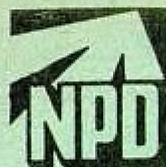


NATIONALDEMOKRATISCHE

V/1979

PROPAGANDA-DEPESCHE
Artikeldienst

Ausländer-Integration ist Illusion

Deutsches Rotes Kreuz bestätigt NPD-Aussagen

Die Forderungen, Feststellungen und Warnungen der NPD sind der Zeit voraus. Die vor mehr als zehn Jahren erhobene Forderung nach mehr eigenständiger Energieversorgung anhand der einheimischen Kohle mag nur als Beispiel dienen.

Seit Jahren auch warnen die Nationaldemokraten vor den künftigen Problemen des hemmungslosen Ausländerzuzuges aus fast allen Kontinenten. Dazu zählen nicht nur die über 4 Millionen Gastarbeiter mit ihren Familien, sondern auch ungezählte fragwürdige Asylsuchende und seit neuerer Zeit auch die sogenannten Vietnam-Flüchtlinge. Das Nein der NPD zu den Bonner Integrationsplänen trugen der Partei bisher nur die bekannten geistlosen Gegenargumente wie „Rassisten", „Faschisten" usw. der gleichgeschalteten Massenmedien ein.

Jetzt hat sich zu der „staatlich verordneten Euphorie", möglichst viele Vietnam-Flüchtlinge ins Land zu holen, der **Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), Jürgen Schilling,** zu Wort gemeldet und zumindest eine These der NPD bestätigt.

Der Generalsekretär bezeichnete es als eine **„völlige Illusion"**, daß sich **„diese Fremdartigen"** in Europa **„als Gruppe voll integrieren lassen"**. Die Flüchtlinge hätten ein anderes Wertesystem als die Menschen in den westlichen Aufnahmeländern. Verlange man ihre Integration, so fordere man von ihnen, „praktisch ihre Persönlichkeit preiszugeben."

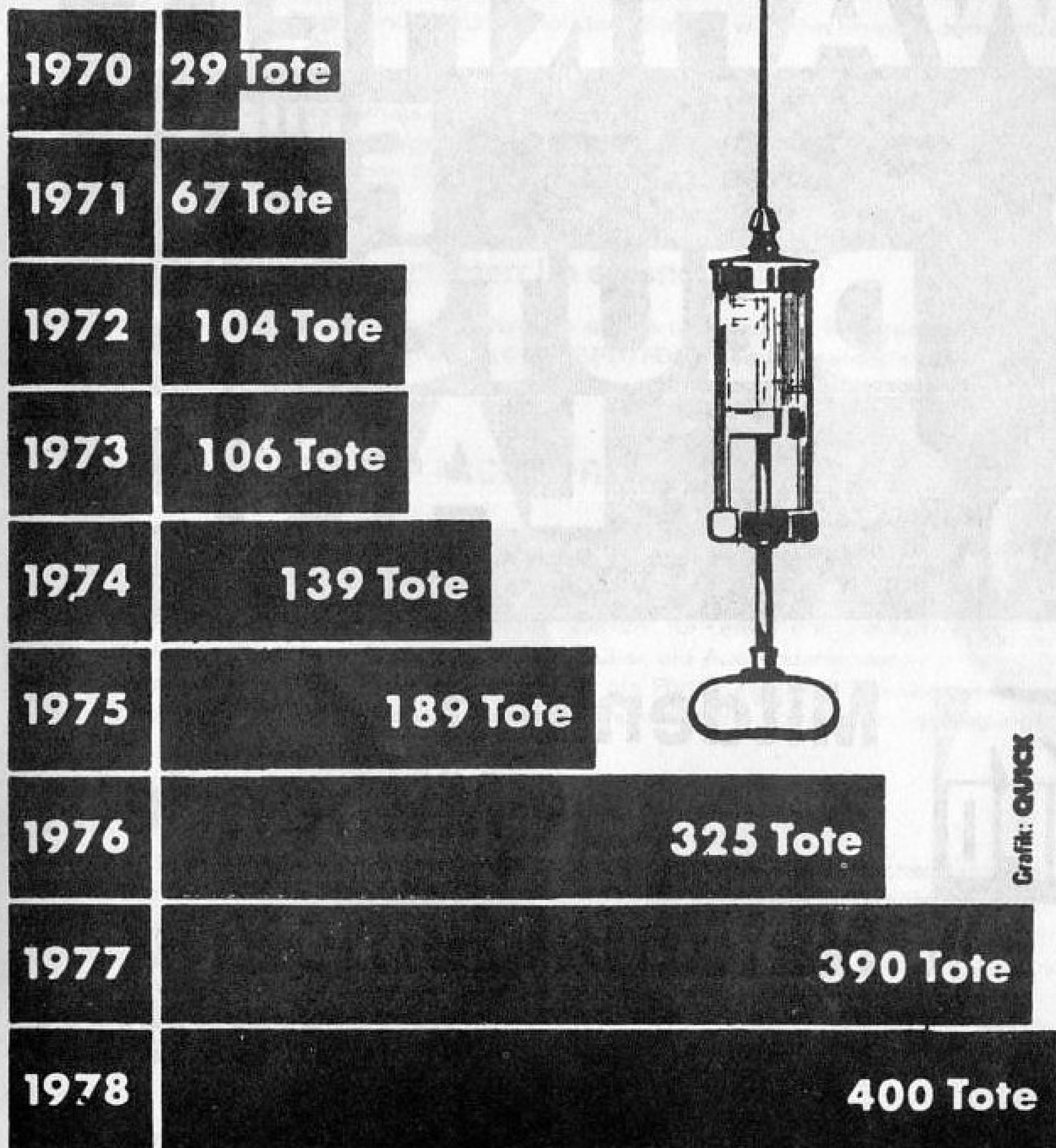
Jürgen Schilling verspricht sich viel davon, ein Territorium zur Ansiedlung der Flüchtlinge zu pachten oder zu kaufen, um ihnen die Chance zu geben, ihre Geschicke selbstverantwortlich zu bestimmen.

Es ist an der Zeit, daß in Bonn endlich Fachleute wie Herr Schilling zu Rate gezogen werden, um nicht noch mehr Schaden an Völkern und Volksgruppen anzurichten. hc

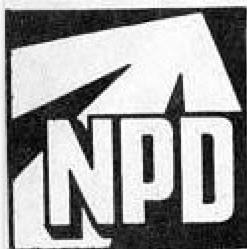
WIR
GLAUBEN
AN EIN
GANZES
UND
FREIES
DEUTSCHLAND

Immer mehr Heroin-Tote

Anteil der Selbstmörder: 60 Prozent



WAHRHEIT FÜR DEUTSCHLAND



Mitdenken – Mithandeln

Nationaldemokrat werden

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)
Amt 4. 7000 Stuttgart 1, Rötestraße 4
Tel. 0711/622103

POSTKARTENDEUTSCHE

"Per Postkarte" sollen junge Ausländer nach Vollendung des 18. Lebensjahres "Deutsche" werden können.
Diesen Antrag will Nordrhein-Westfalen über den Bundesrat einbringen. Die Zahl der von der beabsichtigten Regelung betroffenen Ausländer beträgt allein in Nordrhein-Westfalen 400 000.
Nach Angaben des Regierenden Bürgermeisters Stobbe wird Berlin sich dem Antrag anschließen.
Wir Nationaldemokraten weisen darauf hin, daß sich gerade an Rhein und Ruhr bei offiziellen Meinungserhebungen die Mehrzahl der Deutschen gegen eine Eingliederung der Ausländer ausgesprochen hat. Die Meinung des deutschen Volkes scheint die Verantwortlichen in Düsseldorf überhaupt nicht zu scheren.

Wie lange sind wir noch Herr im eigenen Haus?

Ausländer sollen bei Kommunalwahlen das aktive und passive Wahlrecht erhalten. Darin stimmen alle drei Fraktionen (CDU/SPD/FDP) des Düsseldorfer Landtages überein.

BAYERN: RÜCKKEHR NICHT PRIMÄR

"Erst an dritter Stelle sei schließlich die Möglichkeit der Rückkehr der Kinder in ihr Heimatland angesprochen. Sie ist im bayerischen Modell nicht die primäre Überlegung."
So äußert sich das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus in der offiziellen Broschüre "schulreport 3/79" über die Ausländerkinder.
Im Gegensatz zum CSU-regierten Bayern ist die Förderung der Rückkehrbereitschaft bei den Ausländern für uns Nationaldemokraten die vorrangige Überlegung!

MILLIONEN FÜR EINSCHMELZUNG

11, 2 Millionen Mark sind im Haushalt 1979 der nordrhein-westfälischen Landesregierung für die Einschmelzung ("Integration") der Ausländer in das deutsche Volk vorgesehen.
Das bedeutet gegenüber 1978 eine Steigerung von über 100 %.
Wir Nationaldemokraten meinen: es wäre besser, diese Riesensummen dafür einzusetzen, den Ausländern eine menschliche Rückführung in ihre Heimat und einen entsprechenden wirtschaftlichen Startzuschuß zu gewähren.

GEFREITER GASTARBEITER?

"Die Ausländer sollen Bürger ihrer Heimatländer mit allen Rechten und Pflichten bleiben."
Mit dieser klaren Aussage lehnt die NPD die Einberufung von "Gastarbeitern" zur Bundeswehr entschieden ab.

DÄNEMARK PASST AUF

Dänemark wird an der deutschen Grenze verschärfte Kontrollen gegen illegale Einwanderer einführen.
Kopenhagen fürchtet vor allem die illegale Einwanderung türkischer und syrischer Arbeiter.

MENSCHENHANDEL

Arbeitgeber müssen für die Abschiebung illegal beschäftiger Ausländer aufkommen.
Dies entschied der Siebte Senat des hessischen Verwaltungsgerichtshofes.
Die Nationaldemokraten begrüßen diese Entscheidung ausdrücklich.
Besonders dem Menschenhandel mit "Illegalen" muß ein Riegel vorgeschoben werden.
"Wer Menschen wie Stückgut durch ganz Europa verfrachtet", erklären die Nationaldemokraten, "ist nichts anderes als ein gemeiner Verbrecher."

MOLUKKER IN WESTDEUTSCHLAND

"Das werden die Molukker der Bundesrepublik."
Heinz Richter, beim DGB zuständig für ausländische Arbeitnehmer, über die zweite Ausländergeneration in Westdeutschland.

Rauschgift: Ausländer handeln - Deutsche sterben

Der Frankfurter Heroinmarkt, Europas Rauschgiftzentrale Nr. 1, wird fast ausschließlich von türkischen Kurden beherrscht. Sie betreiben den Vertrieb des weissen Giftes gewissermaßen als Geschäft der Großfamilie.
Dies gab der hessische Innenminister Gries bekannt.
Die Frankfurter Polizei weist darauf hin, daß im Zwischenhandel mit Heroin vorwiegend Araber beteiligt seien.
Die Masse der Rauschgiftsüchtigen jedoch sind deutsche Jugendliche!

NPD-Grundsatzerklärung zum Ausländerproblem

In einer Grundsatzerklärung warnt die NPD eindringlich vor Feindschaften zwischen Deutschen und Ausländern in unserem Land. Der Unmut der deutschen Bevölkerung über die Ausländerinvasion sei zwar verständlich, dürfe sich aber nicht gegen die Ausländer richten. Denn in Wahrheit seien die Ausländer nicht die Schuldigen der Entwicklung, sondern die herrschenden Politiker und ihre Hintermänner.
Die Ausländer selbst sind zu Opfern geworden, indem man ihnen ihre nationale und kulturelle Identität durch "Integration" vernichten will.
Die Nationaldemokraten sind bemüht, eine deutsch-ausländische Interessengemeinschaft gegen jedwede Überfremdung und Einschmelzung zu fördern.

ASYL FLUT!

Allein Nordrhein-Westfalen wird in diesem Jahr 10 000 ausländische Flüchtlinge aufnehmen. Diese Zahl nannte der Leiter des Durchgangslagers Unna-Massen, Gustav Stöcker.
Wir Nationaldemokraten bekennen uns ausdrücklich zum Asylrecht, das in Artikel 16 des Grundgesetzes festgelegt ist.
Wir wenden uns aber in aller Schärfe gegen den jetzigen Mißbrauch dieses Rechtes auf Kosten des deutschen Volkes!

Asiaten brauchen asiatische Heimat

Dr. Hans-Jürgen Schilling, Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, veröffentlichte kürzlich in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" einen bemerkenswerten Beitrag über die Indochina-Flüchtlinge. Überschrift: "Asiatische Flüchtlinge brauchen eine asiatische Heimat." Wir zitieren aus diesem Beitrag:

" Muß es nicht nachdenklich stimmen, daß ein Land wie Großbritannien, das sich ernsthaft bemüht, die eingewanderten Commonwealth-Bürger zu integrieren, Rassenkrawalle erlebt, tiefgreifende soziale Konflikte, die sich bis zu Haßgefühlen gesteigert haben, obwohl die Einwanderer der englischen Sprache mächtig sind und obwohl ihnen die Briten ihre Teilhabe an einem wesentlichen Stück gemeinsamer Geschichte und eine gewisse moralische Anwartschaft auf Integration zugestehen?
Auch die französischen Erfahrungen bei der Aufnahme ethnischer Algerier vermögen nicht zu überzeugen, so wenig wie die isolierte Existenz der Molukker in den Niederlanden oder der Einwanderer aus Puerto Rico in den Vereinigten Staaten. Alle diese Minderheiten werden mit Mühe erduldet, erlitten, und der Freiraum, den sie finden, ist regelmäßig von Absetzbewegungen der einheimischen Bevölkerung gekennzeichnet, die eher ihre alten Wohnviertel aufgibt, als sich mit den Neusiedlern abzufinden.
Resignation statt Integration...
In Westeuropa wird sich nur ein Mensch eingliedern lassen, der nicht seine Persönlichkeit preisgeben muß, um den hier herrschenden Standards gerecht zu werden.
Asiaten wären nur um den Preis ihrer kulturellen Selbstaufgabe zu Neueuropäern umzuwandeln, es sei denn , die Aufnahmeländer ermöglichen ihnen die Ansiedlung in geschlossenen ethnischen Gruppen. Um Chinesen gerecht zu werden, müßte die Bundesrepublik Chinatowns nach dem Vorbild New Yorks und San Franzisko konzipieren.
...Wer den Flüchtlingen Südostasiens dauerhaft helfen will, sollte alle Kraft darauf verwenden, einer außenpolitischen Lösung den Boden zu bereiten. Da sich die Regierungen der Welt gehindert sehen, Staaten, die über freies oder wenig besiedeltes Land verfügen, einen direkten Handel Geld gegen Land anzutragen, gilt es, die internationale löffentliche Meinung in der Weise zu beeinflussen, daß der Generalsekretär der Vereinten Nationen auf breites Verständnis rechnen dürfte, wenn er die Ausschreibung eines Treuhand-Gebietes der Vereinten Nationen betreibt."

Untergang der Flüchtlinge

"Die Menschen, um die es geht, sind strebsam und fleißig. Sie in reichen Nationen als billige Fremdarbeiter anzusiedeln, wäre ihr Untergang. Was sie brauchen, ist ein Stück Land, das sie selber fruchtbar machen, das sie industrialisieren, das sie zur Blüte bringen können."
Hermann Gmeiner in der "Bunten" über die Südostasien-Flüchtlinge.

CHICAGO DROHT



Ausländer-Problem die soziale Zeitbombe

Vergiftete Atmosphäre

Junge Ausländer in der Bundesrepublik: Jugend ohne Hoffnung?

Die Kinder zahlen die Zeche

Junge Ausländer in Deutschland

In Frankfurt wächst die Ausländer-Feindlichkeit

Ausländische Kinder: Mehr Kriminalität

Immer mehr junge Ausländer werden in die Kriminalität gedrängt

Gesunde Lebensvoraussetzungen schaffen

Zur gesunden Entwicklung und Erhaltung einer ganzheitlichen Persönlichkeit braucht der Mensch eine unzerstörte Umwelt und eine unverdorbene Innenwelt.

Umwelt und Innenwelt des Menschen in Westdeutschland werden in zunehmendem Maße durch falsche und ungesunde Wirtschafts- und Strukturpolitik, gefährliche Technologien, menschenfeindliche Ideologien und verfeinerte geistig-seelische Einwirkungsmöglichkeiten bedroht.

Im Interesse der einzelnen Menschen wie der ganzen Gemeinschaft des Volkes unterstützt die NPD

- alle direkten Maßnahmen des Umweltschutzes zur Erhaltung der Natur und der Menschen in einer kultivierten Landschaft;
- alle Möglichkeiten der Zurückführung gebrauchter Güter in den natürlichen Kreislauf (Recycling);
- die Verbreitung biologischer Landbaumethoden;
- die Anwendung natürlicher Heilmethoden in der Medizin;
- alle Bestrebungen zum sparsamen Umgang mit Rohstoffen;

warnt die NPD

- vor dem voreiligen Bau von Kernkraftwerken;
- vor dem übertriebenen Gebrauch von Insektiziden und Pflanzenschutzmitteln;
- vor der maßlosen Anwendung chemischer Arzneimittel;

fordert die NPD

- Sicherung der wirtschaftlichen Voraussetzungen für einen gesunden Bauernstand als bestem und billigstem Landschaftspfleger;
- Beschränkung des industriellen Wachtstums auf ein vertretbares Gleichgewicht mit Menschen und natürlicher Landschaft;
- schärfere Aufsicht nach dem Lebensmittelgesetz und seine Anwendung auch auf Importe aus dem Ausland;
- schärferes Durchgreifen auf der Rauschgiftszene;
- staatliche Förderung des Kampfes gegen das Rauchen;
- aktive Familien- und Bevölkerungspolitik zur Sicherung und Erhaltung der Volkszahl; staatliche eugenische Maßnahmen;
- Anerkennung des Innenweltschutzes als einer Lebensnotwendigkeit in einem Industriestaat mit dichter Bevölkerung, insbesondere
- Wahrung des Rechtes von Minderheiten;
- Wahrung des Rechtes auf Eigenart des Denkens, der Sprache, der Tradition;
- Wahrung des Rechtes auf persönlichen Freiraum in der Familie;
- Wahrung des Rechtes auf das Erziehungsrecht der Kinder;
- Schutz vor geistig-seelischer Schädigung durch penetrante Sexualisierung, durch manipulierende Massenmedien mit Monopolstellung;
- Schutz vor Herabsetzung gemeinschaftsnotwendiger Werte und Tugenden;

erklärt die NPD

- die Bereitschaft zur Mitarbeit mit Organisationen und Gruppen, die diese lebensnotwendigen Maßnahmen für eine menschengerechte Zukunft auf der Grundlage eines lebensrichtigen Menschenbildes auch vertreten.

Götter unterliegen Innenminister Baum

Mit einem 270 Millionen Mark-Programm will Innenminister Baum die Südostasien-Flüchtlinge in die "neue Heimat" Westdeutschland eingliedern.
Ungeachtet aller warnenden Stimmen, die das Geld sinnvoller zur Ansiedlung der Flüchtlinge in Asien angewandt sehen wollen, und trotz des Schiffbruches, den die "Integrationspolitik" der Herrschenden schon gegenüber den europäischen Ausländern in Westdeutschland erlitten hat, will man die verhängnisvolle Integrationswahnidee nun auch den Chinesen aus Vietnam aufpfropfen...
Gegen Dummheit kämpfen Götter selbst vergebens!

ZWEI ZITATE - ZWEI WELTEN

"Ich möchte, daß jeder gleich denkt, gleich aussieht, gleich handelt, und daß wir immer mehr Fortschritte in diese Richtung machen."
Andy-Warhol, US-amerikanischer Pop-"Künstler", von der Hochfinanz gehätschelter Repräsentant der "modernen westlichen Kultur".

"In jüngster Zeit wurde es Mode, von der Nivellierung der Nationen zu sprechen, von Gleichheit, vom Aufgehen der Völker im Schmelztiegel der Weltzivilisation. Dem stimme ich nicht zu...
Das Verschwinden der Nationen würde uns nicht weniger arm machen, als wenn alle Menschen einander gleich würden mit einem Charakter, einem Gesicht. Die Nationen sind der Reichtum der Menschheit, ihre kollektive Persönlichkeit. Noch die geringste von ihnen hat ihre besonderen Farben und trägt in sich eine besondere Facette des göttlichen Plans."
Alexander Solschenizyn, Nobelpreisträger und russischer Nationalist.

BRAVO, BANGEMANN!

Erstaunliches gab der FDP-Bundestagsabgeordnete Martin Bangemann im Deutschen Bundestag von sich:
"Wir sind auch für ein Europa, das sich seine kulturelle Vielfalt erhält...Ich kann mir gar nicht vorstellen, daß jemand eine besondere Attraktion in einer Gemeinschaft sehen könnte, die so aussieht, wie es in den großen zentralistischen Staaten beinahe schon der Fall ist, nämlich mit einer Einheitskultur, mit einem Einheitsbrei, mit Städte und Landschaften, die alle einheitlich aussehen."
Jetzt wäre es wichtig, diese hervorragenden Worte in Taten umzusetzen.
Doch ausgerechnet von der FDP, die durch die internationale Hochfinanz ausgehalten wird, eine Befreiung von der Geißel Materialismus zu erwarten, hieße, einen Fleck in der Hose mit Salzsäure auszuwaschen!

HERODES LÄSST GRÜSSEN

Von 1968 bis 1978 reduzierte sich die Zahl der Kinder im Alter von weniger als drei Jahren in Nordrhein-Westfalen um etwa 43 %, von drei bis sechs Jahren um 39 % und von sechs bis unter zehn Jahren um 10 %. Nicht anders sieht es in den übrigen Bundesländern aus.

MORGENTHAU MIT ANDEREN MITTELN

Trotz einer leichten Aufwärtsbewegung, reicht die Zahl der Geburten in Mitteldeutschland ("DDR") nicht zur Bestandserhaltung der Bevölkerung.
Diese Schlußfolgerung zieht das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).
In der Bundesrepublik lag die Geburtenrate 1978 bei 9, 4 Lebendgeborenen pro Tausend Personen, in Mitteldeutschland bei 13, 8.
Seit Jahren läßt sich beobachten, daß alle deutschen Staaten, einschließlich Österreich, am Ende der Weltgeburtenstatistik stehen, ungeachtet der angeblich so unterschiedlichen "Gesellschaftssysteme".
Nicht wenige sehen hierin die Fortsetzung des Morgenthau-Planes zur Vernichtung des deutschen Volkes mit anderen Mitteln.

GEBURTENRATE - EXISTENZFRAGE

"Kein Staat kann eine ständige Verminderung der Zahl seiner Bürger hinnehmen, es sei denn, er würde bereit sein, seine Existenz in Frage zu stellen."
Zitat aus dem dritten Familienbericht, der der Bundesregierung von einer unabhängigen Sachverständigenkommission vorgelegt wurde.

SKALPELL-MASSAKER

Im Vergleich zu 1977, dem ersten Jahr nach der sogenannten "Reform" des Abtreibungsparagraphen, stieg die Zahl der Abtreibungen 1978 um 35, 4 %, in Nordrhein-Westfalen gar um 80 %. Hamburg liegt in der 78er Statistik mit 338 Abtreibungen auf 1000 Geburten an der Spitze vor Berlin mit 305.
In fast 70 % werden "soziale Gründe" für die Tötung ungeborenen Lebens angegeben. Das soziale Versagen dieses Systems wird durch Skalpell-Massaker im Mutterleib "gelöst". Vielleicht sollte man besser von Endlösung sprechen!
Wir Nationaldemokraten wenden uns entschieden gegen diesen massenhaften Mord im Mutterleib.
Wir fordern die christlichen Kirchen auf, endlich mit ihren lahmen, samtweichen Protesten aufzuhören, und eine massive Bewegung für das Leben zu starten.
Wir Nationaldemokraten sind bereit tatkräftig mitzuhelfen!

Zeche zu, Zeche auf, Zeche zahlen wir

1964 wurde die Förderanlage einer Zeche im nördlichen Ruhrgebiet stillgelegt.
Argument: "Lohnt sich nicht mehr, die Zeche weiterzubetreiben." Die NPD protestierte damals energisch gegen diesen Schritt.
Jetzt ist die Zeche wieder in Betrieb genommen worden. 42 Millionen Tonnen Kohle sollen aus dem "Feld Viktoria" bei Lünen aus der Erde geholt werden.
Kosten der neuen Inbetriebnahme: 238 000 000 Mark! Wer muß diese zweihundertachtunddreißig Millionen Mark wohl zahlen? Die Bonner und Düsseldorfer Bonzen, die das unsinnige Zechensterben verursachten? Nein! Wir als Steuerzahler!

GRAFUNDGRUBE

Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff will die Kohlenimporte aus dem Ausland drastisch erhöhen.
Gegen diese Pläne hat sich der DGB-Landesbezirk Westfalen ausgesprochen.
Auch die NPD wendet sich gegen eine weitere energiepolitische Abhängigkeit vom Ausland und internationalen Energiekonzernen.
Durch die Auslandsabhängigkeit, die uns der Bonner Graf und seine Genossen eingebrockt haben, gingen uns Westdeutschen bereits Milliarden und Abermilliarden verloren.
Die NPD fordert: Deutsche Energie aus deutscher Kohle! Schluß mit der Abhängigkeit von Scheichs und Multis! In den deutschen Kohlegruben lagert Energie für Jahrhunderte.

STOLTENBERG UND STEINKOHLE

Das CDU-regierte Schleswig-Holstein hat den Antrag eingebracht, die Importquote von Steinkohle von zur Zeit 5, 5 auf zehn Millionen Tonnen pro Jahr anzuheben.
Stoltenberg reiht sich damit in den neuentfachten Vernichtungsfeldzug gegen die deutsche Kohle ein.
Ziel internationaler Energiekonzerne ist es:
a) Westdeutschland total abhängig zu machen von ausländischen Importen,
b) die Herrschaft über die westdeutschen Energieträger zu erlangen.
Die deutschen Erdgas und Erdölvorkommen befinden sich bereits vollständig in den Händen der Rockefeller und Rothschild, die Kohle zu einem wachsenden Teil.
Wir Nationaldemokraten fordern: Multis raus aus Deutschland! Deutsche Verfügungsgewalt über deutsche Energievorräte!

BONNER KASSE - CANNAE

Die Schulden des Bundes wachsen stündlich um 3, 2 Millionen Mark.
Entspräche jede Schuldenmark einer Sekunde, so würde die Gesamtschuldenlast des Bundes ausreichen, um in der Geschichte bis zur Schlacht von Cannae zurückzugehen. Die Schlacht fand im Jahre 216 v. Chr. statt!

PFUSCH BEI SCHMIDT

106 Millionen Mark aus der Steuerkasse kostete das vor drei Jahren fertiggestellte Bundeskanzleramt. Nach Feststellungen des Bundesrechnungshofes wurde beim Bau dieses potthäßlichen Gebäudes gehörig "gepfuscht".
Jetzt soll das Monster-Gebäude für vier Millionen Mark "ausgebessert" werden.
Die Rechnung muß wiederum der Steuerzahler begleichen.

LOBBY IN BONN - DEMOKRATIE UNMÖGLICH

" ' Die Lobby, ' sagt Kartellamtspräsident Wolfgang Kartte, 'ist Teil des Systems.' Es ist ein feinmaschig gewobenes System aus staatlicher Administration und privater Produktion, ein gigantischer, staatlich-industrieller Komplex, in dem die Lobby einen so unverzichtbaren Part spielt... Kontrolle staatlichen Handelns, das Grundelement jeder Demokratie, wird nahezu unmöglich, weil kaum ein Außenstehender mehr durchblickt. Die Interessen-Abklärung geschieht hinter dem Vorhang, das Publikum hat sich mit dem Ergebnis abzufinden."
"Spiegel" Nr. 33/79 über die Lobby in Bonn.

1980: GROSSE KOALITION?

"Wer vorschnell eine große Koalition nach der nächsten Bundestagswahl 1980 ausschließt, studiere vorsichtshalber den Prozeß der ersten Regierungsbildung vor 30 Jahren. 1949 scheiterte die große Koalition daran, daß sich weder Adenauer noch Schumacher vorstellen konnten, Vizekanzler des anderen zu sein. Doch Strauß und Schmidt, die Hauptdarsteller für 1980, saßen schon einmal zusammen in einer großen Koalition. Und da Helmut Schmidt zum Sozialismus ein ähnlich platonisches Verhältnis hat wie Franz Josef Strauß zur Bergpredigt, würde es auch keine ideologischen Barrieren für ein Zusammengehen der Macher geben."
Franz Alt in: "Der Spiegel" Nr. 36/79

RATTENGIFT - WITZ DES JAHRES

Während im SPD-regierten Nordrhein-Westfalen jahrelang große Mengen Thallium (Rattengift) durch Zementwerke ungestört in die Umwelt gelangten und im gleichfalls sozialdemokratisch regierten Hamburg der wohl größte Umweltskandal der Bundesrepublik auffolg, erschien folgende Notiz in dem SPD-Blatt "Zeitung am Sonntag": "Die SPD hat bereits konkret gehandelt, als viele das Wort 'Umweltschutz' noch nicht buchstabieren konnten."

Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik

"Die Bundesrepublik Deutschland ist nicht das ganze Deutschland, ihre Bevölkerung nicht das ganze deutsche Volk: Deutschland ist mehr als die Bundesrepublik."
Aus dem Beschluß der Kultusministerkonfrenz "Wie soll die deutsche Frage im Unterricht behandelt werden".

MIES

"Die DDR ist unser Vorbild."
DKP-Chef Herbert Mies.

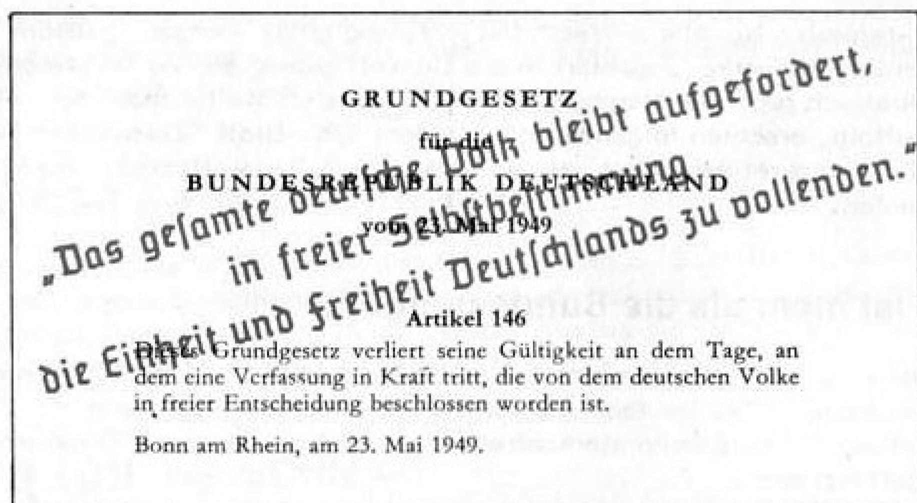
MORAL DER ATOMBOMBEN-TERRORISTEN

Die US-Regierung plant den Bau eines Museums für die Opfer nationalsozialistischer Gewalttaten in Washington. Kosten: 40 bis 50 Millionen Dollar.
Die Yankees täten besser daran, dieses Geld den überlebenden Opfern ihres Bomben-Terrors gegen Deutschland, ihrer Atombomben gegen Japan, ihres Ausrottungs-Holocaust gegen die Indianer zur Verfügung zu stellen.

ROCKEFELLER, ROTHSCHILD, SCHMIDT, STRAUSS

Kanzler Schmidt ist Mitglied des Geheimclubs "Bilderberg".
Dies plauderte die "Welt am Sonntag" anläßlich Schmidts Kreuzfahrt durch die Ostsee mit dem Luxussegelschiff "Atalanta" des Großbankiers Eric M. Warburg aus. Diesem Club stehen die Rockefellers und Rothschilds vor.
Übrigens: regelmäßiger Gast ist auch Franz Josef Strauß!
Egal wie die Wahl 1980 ausgeht - die Bilderberger sind mit von der Partie!

DAS ENDE DER BUNDESREPUBLIK



GRUNDGESETZ

für die

BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

vom 23. Mai 1949

Artikel 146

Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Bonn am Rhein, am 23. Mai 1949.

All unsere Arbeit DIENT DIESEM TAGE !

Ausländerslums: Brutstätte der Gewalt!

"Bestialischer Gestank dringt aus dem Ascheimerraum, Ratten huschen über das Innenhofpflaster, das vor Dreck nicht mehr zu erkennen ist, und in all dem Schmutz spielt munter ein Kind...Ein Bewohner: ich habe gesehen, wie die Leute hier mit Beilen aufeinander losgegangen sind." (1)
"Die Menschen ersticken im eigenen Dreck...Bestialisch stinkende, vollgeschissene Treppenhäuser , meist verlotterte Wohnungen. Familienstreitereien, Sippenfehden und Straßenschlachten." (2)

Das erste Zitat beschreibt die Zustände im entstehenden Ausländer-Slum von Hamburg. Das zweite befaßt sich mit Harlem, der "Pestbeule von New York".
Die Ähnlichkeit der Wortwahl signalisiert eine verheerende Entwicklung: Westdeutschland ist auf dem besten Wege, Zustände wie in den Vereinigten Staaten zu erhalten. "Harlem in Hamburg ist im Entstehen". (3)

Solche Slums geben nicht nur den idealen Nährboden für Rattenverseuchung ab, sondern auch für gefährliche Kriminalität. "New York schreckt" warnte zutreffend der Bundestagsabgeordnete Hasinger (4). Er verschweigt jedoch, daß seine Partei, die CDU, durch die Einleitung einer Politik, die die millionenfache Ausländerinvasion nach Westdeutschland ermöglichte, die Mitverantwortung für die Slums in unserem Lande trägt.

Berlin-Kreuzberg ist zum Synonym für die Folgen der verheerenden Überflutung mit fremden Menschen geworden:
"Deprimierend, häßlich-abstoßend, entsetzlich...Klein-Anatolien mit Getto-Geruch, mit allen Zeichen des Verfalls, der Verwahrlosung, des Elends." (5)

Das ist der Zustand in vielen Ausländerslums Westdeutschlands. Das Slum und die Kriminalität jedoch gehören zwillingsgleich zueinander. Joachim Worthmann stellte schon 1977 fest: "Die Tage bundesdeutscher Wohlstandsidylle sind auf absehbare Zeit dahin...Amerikanische Großstädte liefern für diesen Teufelskreis die abschreckenden Vorbilder." (6)
Das erhebliche Kriminalitätspotential, welches sich in den Slums ansammelt, ist zwischenzeitlich allenthalben erkannt worden:

Die linke "Frankfurter Rundschau" schreibt vom "ernst zu nehmenden sozialen Sprengsatz" (7). Der türkische Neurologe Kartal gibt zu bedenken: "Es ist zu befürchten, daß die zweite Ausländergeneration aus Menschen mit Neurosen oder, noch schlimmer, aus psychisch und körperlich verkümmerten Menschen besteht." (8)
Heinz Kühn, Bundesbeauftragter für ausländische Arbeitnehmer, sieht hierin "das entscheidende Gesellschaftsproblem der 80er Jahre" (9). Sein Rezept, heilige Einfalt! : Die Ausländerkinder sollen mit 18 Jahren per Postkarte "Deutsche" werden können. Selbmann erkennt "sozialen Zündstoff", der leicht zur Explosion kommen könne (10). Dr. Leve pflichtet ihm bei: "gesellschaftspolitischer Zündstoff großen Ausmaßes" (11). Heinz Richter, beim DGB für die fremdländischen Kollegen zuständig, fürchtet: "Das werden die Molukker der Bundesrepublik" (12). Bischof Wittler, Beauftragter der Bischofskonferenz in Ausländerfragen sieht in den ausländischen Kindern ein "neues Proletariat" keimen (13).

Auch der "Süddeutschen Zeitung" dämmert es. Sie sorgt sich um die "500 000 Straßenkinder, die unbemuttert und hordenweise in Berlin-Kreuzberg, München-Haidhausen und sonstwo herumlungern." (14)

Das Problembewußtsein scheint also vorhanden. Dies war nicht immer so. Nationale Deutsche wiesen bereits seit langen Jahren auf die schlimmen Folgen weiteren Ausländerzuzugs hin. Sie handelten sich damals üble Beschimpfungen ein. Dennoch hat das nationale Deutschland, wie so oft, auch hier mit seinen Vorschlägen und Warnungen vollauf recht behalten.

Die herrschenden Propagandisten ziehen jedoch gleichzeitig die publizistische Notbremse- sie jonglieren mit Statistiken und behaupten, die Ausländerkriminalität sei ja allenfalls "nur" auf der Höhe der einheimischen Deliktsquote. Hierzu muß bemerkt werden:

1. Die erste Ausländergeneration bei uns hat noch die festen Normengebäude der Heimat mitgebracht. Diese wurden durch eine unverantwortliche "Integrations"-politik eingerissen, so daß Hunderttausende Ausländerkinder, also die zweite Generation, in einen normfreien Raum gestoßen wurde.
2. Die Möglichkeit der Ausweisung bedeutet eine Disziplinierung, die über den Strafkatalog des deutschen Strafgesetzbuches hinausgeht. Sollte der zweiten Generation der Wechsel der Staatsangehörigkeit per Postkarte eingeräumt werden, wäre dies nicht mehr gegeben.
3. Die polizeilichen Kriminalstatistiken erfassen nur das "Hellfeld", also nur die bekanntgewordenen Straftaten. Das Dunkelfeld dürfte gerade bei Ausländern besonders groß sein.
4. Die Kriminalität mit den meisten Beschaffungs- und Folgevergehen und -verbrechen, der Handel mit Rauschgift, befindet sich zum großen Teil in Händen ausländischer Banden.

Bezüglich des Dunkelfeldes ausländischer Kriminalität sei noch folgendes angeführt Es handelt sich hierbei um eine Vermutung, da es an genauen Untersuchungen mangelt. Die Vermutung ist jedoch zweifach begründbar:
a) es gibt einen allgemeinen Horror der Ausländer, mit bundesdeutschen Behörden oder gar der Justiz in irgendeiner Weise in Berührung zu geraten. Dies verhindert wohl vielfach die Anzeige von Straftaten im sozialen Nahraum.
b) Ähnliches gilt in Bezug auf die ausgeprägte Solidarität der Ausländer, die die Ermittlungsbehörden oftmals vor eine Mauer des Schweigens stoßen läßt. Ein Fahnder des Bundeskriminalamtes: "Die halten so dicht, daß wir immer seltener überhaupt noch an Leute herankommen." (15)

An dieser Stelle soll besonders deutlich gemacht werden:
Die Ausländer sind in ihrer übergroßen Mehrheit rechtschaffende Menschen. Sie, und insbesondere ihre Kinder, werden jedoch in geradezu krimineller Manier von angestammter Heimat und Volkstum entrissen, so daß es eher ein Abgleiten in die Kriminalität geben kann. Wir kennen keinen größeren Ungeist als die von Profitgier getragene spätkapitalistiksche Verfrachtung ganzer Volksgruppen aus ihrer angestammten Heimat in eine fremde verständnislose Welt.
Im Zusammenhang mit der Ausländerkriminalität sollte die bundesdeutsche Justiz endlich ein schärferes Augenmerk auf professionelle Menschenhändlerbanden richten, die etwa afrikanische und asiatische Menschen nach Westdeutschland bringen.

Im Rhein-Main-Gebiet soll es regelrechte Verbrechersyndikate zur Einschleusung dieser Menschen geben. (16)

Die mühsamen Versuche, das ausländische Kriminalitätspotential durch statistische Verrenkungen zu verschleiern, werden sich mit der weiteren Entwicklung der zweiten und der dritten Ausländergeneration als verantwortungslose Verharmlosung entpuppen.

Vor zwei Jahren schon diagnostizierte eine westdeutsche Tageszeitung: "Was bleibt ist entweder der Gang in die Illegalität oder das Abgleiten in Verwahrlosung und Kriminalität. Die Anzeichen für eine Entwicklung in dieser Richtung sind alarmierend genug." (17)

Nur wenige detaillierte Untersuchungen über Ausländerkriminalität liegen vor, ohne Frage eine sträfliche Vernachlässigung. Wie soll vernünftige Therapie greifen ohne vorhergehende genaue Untersuchung? Die kriminologischen Lehrstühle der Universitäten sind hier besonders gefordert. Diese leiden jedoch an Unterbesetzung mit geeignetem Fachpersonal.

Eine der wenigen, wissenschaftlich - kriminologischen Ansprüchen vollauf genügenden Untersuchungen legten im Jahre 1976 Albrecht/Pfeiffer vor. Einige Ergebnisse: Während Ausländerkinder unter 14 weit weniger als tatverdächtig von der Polizei registiert werden, schnellt die Kurve bei den 14-18jährigen hoch. Beispiel Stuttgart, das den Erfahrungen anderer Großstädte ähnelt: 20 % der jugendlichen Ausländer dieser Altersgruppe wurden polizeilich registriert, acht Prozent der deutschen Vergleichsgruppe. (18)

Eine Studie von Strafrechtlern und Kriminologen vom Anfang dieses Jahres verzeichnet eine rapid ansteigende Kriminalitätsquote bei ausländischen Kindern und Jugendlichen. Entscheidender Grund: das Hin- und Hergerissenwerden zwischen zwei Kulturen. (19)

Besondere Gefahr birgt die Tatsache, daß heimatliche Konflikte der Ausländer in zunehmendem Maße nach Westdeutschland importiert werden:
mal gibt es Massenschlägereien zwischen verfeindeten Bengalen-Gruppen mit mehreren Schwerverletzten (20), mal spielt sich die iranische Revolution auf westdeutschen Straßen ab, was begreiflicherweise den massiven Unmut der deutschen Bevölkerung hervorruft (21). Auch die brisanten innertürkischen Politik-Angelegenheiten (1978: 800 politische Morde in der Türkei) werden auf bundesdeutschem Boden ausgetragen. "Für manchen ist es nur eine Frage der Zeit, wann am Bosporus der Bürgerkrieg ausbricht" (22). Hält man sichvor Augen, daß West-Berlin schon die viertgrößte türkische Stadt der Welt ist, beschleicht einen die ungute Ahnung, daß auch unser Staat zum Schlachtfeld werden könnte. Es erscheint zumindest einigermaßen unglaubwürdig, daß die 1,2 Millionen registrierten und ungezählte illegale Türken in Westdeutschland sich nun völlig abstinent gegenüber den Ereignissen in ihrer Heimat verhalten würden.
Seit vielen Jahren, wird resümiert, erlebt die Bundesrepublik gewaltsame Zusammenstöße zwischen rivalisierenden Ausländergruppen (23).

Betrüblich stimmt dabei vor allem, daß etwa die traditionell deutsch-türkische Freundschaft dadurch schweren Schaden zu nehmen droht.

Übrigens: gerade am Beispiel der Türken läßt sich verdeutlichen, daß ein undifferenziertes" Ausländer raus!"-Geschrei oder gar das Predigen von Haß gegen die Ausländer unsere scharfe Mißbilligung zu erfahren hat.
Wir nationalen Deutschen jedenfalls werden es dem türkischen Volk nie vergessen, daß es in beiden Weltkriegen nicht an der Zerstörung Deutschlands beteiligt war, daß im ersten Weltkrieg sogar eine Waffenbrüderschaft zwischen unseren Völkern bestand!

Das Anwachsen der Ausländerkriminalität und -gewalttätigkeit ist also auch durchaus dazu angetan, das Klima zwischen den Völkern nachhaltig zu vergiften.

Der Gipfel der Perversion wird aber dadurch erreicht, daß man ausländische Menschen als Prügelknaben bei innerdeutschen politischen Auseinandersetzungen mißbraucht. So geschehen beim bayerischen Landesparteitag der Nationaldemokraten in Augsburg. Türken wurden herangeschafft, indem man ihnen vorgaukelte, es handele sich um eine Demonstration für Lohnerhöhung. Dabei wurden mit Vorrang solche türkischen Arbeiter ausgesucht, die so gut wie kein Wort Deutsch verstehen. Mit derart widerlichen Methoden wurden Türken für den "Kampf gegen den Faschismus" eingesetzt!

Wie oben bereits erwähnt, befindet sich das Kriminalitätsproblem Nr. 1, der Rauschgifthandel, vornehmlich in Händen ausländischer Banden. Im Februar lag dem Innenausschuß des Bundestages ein Bericht zur Rauschgiftkriminalität vor, dem zu entnehmen war, daß als Rauschgift-Schmuggler und -Händler vor allem Türken tätig seien (24). Der Stoff für deutsche "Dealer" und Süchtige kam bis 1978 fast ausschließlich aus dem Chinesenviertel von Amsterdam. Seitdem haben die Lieferanten vom Bosporus einen beträchtlichen Teil des Marktes an sich gerissen. Der Konkurrenzkampf der Hintermänner wird dabei mit Methoden ausgetragen, die die Todesrate unter den Drogenabhängigen sprunghaft ansteigen lassen (25).

Folge: Die Bundesrepublik ist Europas Heroin-Gebiet Nr. 1 geworden. Die relative Todesrate unter Drogensüchtigen ist in Westberlin höher als in New York (26).
Zur Beschaffungskriminalität gehört Ladendiebstahl, Betrug, Raub, Prostitution, Zuhälterei (27). So sind denn viele Straftaten, die in der offiziellen Statistik bei deutschen Straftätern zu Buche schlagen, mittelbar ausländischen Banden zuzuschreiben. In Hessen zum Beispiel sind, nach Ermittlungen des Wiesbadener Justizministers Herbert Günther, schon jede zweite verurteilte Frau und 40 % der männlichen Untersuchungsgefangenen drogenabhängig (28).
Auch die US-Soldaten in Westdeutschland sind offenbar vielfach in das Netz der Rauschgiftkriminalität verflochten. Fast dreißig Prozent der GI bei uns greifen zur LSD-Tablette oder zur Prise Opium (29). Nach den Erforschungen US-amerikanischer Behörden und deutscher Dienststellen ist auch der Anteil der deutschen Süchtigen dort besonders groß, wo in den US-Kasernen viel "gefixt" wird (30).

Kann man bezüglich der Rauschgifthändler und der anderen gemeinen politischen und kriminellen Gewalttätern aus dem Ausland noch an eine Verschärfung polizeitaktischer und administrativer Maßnahmen zur Lösung der Probleme denken, so liegen die Dinge bei der zweiten Ausländergeneration ungleich komplizierter.

Maßnahmen, die auf eine "Eindeutschung" der Ausländerkinder hinauslaufen, sind von vornherein zum Scheitern verurteilt. Derart liberalistische Wahnvorstellungen, die das Volkstum zum jederzeit abstreifbaren schmutzigen Hemd erniedrigen, haben

Selbst in klassischen Einwanderungsländern Nordamerikas verheerenden Schiffbruch erlitten.

Die beste Abwehr von Jugendkriminalität ist die intakte Familie und eine gesundes, volkstumsbezogenes Selbstbewußtsein. "Ausländerkinder, die zu kultur-politischen Versuchskaninchen degradiert werden, um ihnen die Segnungen des Deutschtums notfalls auch gegen ihren erklärten Willen aufzuoktroyieren, verlieren jedoch den Familien- und Volkstumshalt. Sie werden zu freischwebenden kulturellen Nomaden ohne jede Bindung.
Kultur, Sprache, Religion, das gesamte Volkstum der Ausländerkinder ist zu erhalten. Der Kontakt zu ihren Familien und zu ihrem Volk darf nicht gekappt werden. Hunderttausenden Kindern wird ihre Sprache verweigert und eine andere aufgezwungen" (31). Eine solche Politik verkommt zu einem gigantischen Verbrechen.

Mittel- und langfristig jedoch ist die "soziale Zeitbombe", die in den westdeutschen Slums tickt, nur durch eine konsequente Förderung der Rückkehrbereitschaft der Ausländer zu entschärfen.

Es ist ein altes Naturgesetz der Menschheitsgeschichte:
Es kommt immer dann zu gewalttätigen Entladungen, wenn ein Volk dem anderen zu nahe rückt, sei es durch Imperialismus oder durch hemmungslose Einwanderung.
Es gibt eine natürliche Distanz zwischen den Völkern, deren Respektierung den Frieden sichert.

Es könnte durchaus sein, daß die Verletzung der Distanz (übrigens: Grenzenlosigkeit und Maßlosigkeit stehen in verwandtschaftlicher Beziehung zueinander) eines nicht mehr fernen Tages auch bei den Deutschen zum Platzen des sprichwörtlichen Kragens führt. Schon jetzt gibt es geschlossene Abwehr der deutschen Bevölkerung, wenn zuviele Ausländer eindringen (32).
Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Ausländerpolitik der SPD-Bundestagsfraktion, Urbaniak, warnte schon 1976 ausdrücklich vor "sozialen Aggressionen", weil ein zu hoher ausländischer Bevölkerungsanteil "auf die Dauer von der einheimischen Bevölkerung nicht hingenommen würde" (33). Urbaniaks Warnung blieb ohne Resonanz. Man fuhr in der Ausländerpolitik im alten, gefährlichen Trott fort.

Massivere Formen haben die ethnischen Auseinandersetzungen schon in England angenommen. "Auf einmal ist in dieses so friedliche Land ein Element der Gewalt eingekehrt", äußert Prof. Dahrendorf, Leiter der "London School of Economics" (34)
Selbst in Norwegen sah sich Ministerpräsident Nordli 1978 veranlaßt, die Abwehrreaktionen der einheimischen Bevölkerung gegen zu große Überfremdung als "Rassismus" zu tadeln. (35)
Und in den USA kam es in den sechziger Jahren vor allem in solchen Städte zu schweren Rassenkrawallen, in denen sich Schwarze und Weiße "am nächsten gekommen" waren (36).

Für Westdeutschland erkennt Professor Kirchhoff von der Uni Göttingen: "Ich kann mir aber andererseits nicht vorstellen, daß auf lange Sicht gesehen eine zunehmende Einwanderung von für unsere Bevölkerung doch letztlich fremden Menschen nicht einmal zu beachtlichen Unruheherden führen wird (37).
"Es spricht vieles dafür", so Dr. Bodenbender vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, "daß dieser Prozeß (der Ausländerinvasion d.Verf.) zwei Entwicklungen auslösen könnte: in einer ersten Phase eine zunehmende Abwanderung Deutscher ('Phase der sozialen Distanzierung') und in der zweiten Phase die Angst vor Über-

fremdung und der Ubergang zu sozialen Abwehrprozessen ('Phase der sozialen Aggression')." (38)

Alle bisherigen Vorschläge der Herrschenden, die Kriminalität der zweiten Ausländergeneration zu bekämpfen, gleichen einem Herumdoktern an Symptomen. Das Grundübel ist die massenhafte Uberfremdung, die zu gegenseitigen Aversionen führen muß.

Eine an der Zukunft unseres Volkes und auch der Zukunft der Ausländerkinder orientierte Politik muß dafür Sorge tragen, daß der Abbau des Millionenheeres von Ausländern in unserem Land endlich in Gang kommt.

Klar ist, daß wir Deutschen dabei in manchen nanziell sauren Apfel beißen müssen, um den Ausländern eine menschenwürdige Rückkehr zu verschaffen.
Dies aber ist weitaus weniger schmerzhaft und gefährlich als der Verzehr der vermeintlich süßen, in Wahrheit jedoch vergifteten Früchte einer anhaltenden Ausländerinvasion.

Die entstehenden Slums, die anwachsende Ausländerkriminalität sind unübersehbare Warnzeichen.
Wir sind es Deutschland und Europa schuldig, daß unsere und die ausländische Jugend nicht in Haß gegeneinander, sondern in europäischer Solidarität miteinander den Weg in die Zukunft gehen.

(1) Hamburger Morgenpost vom 5. 9. 1978
(2) Stern vom 3. 8. 1978
(3) Hamburger Morgenpost vom 5. 9. 1978
(4) Die Zeit vom 16. 6. 1978
(5) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 13. 3. 1976
(6) Kölner Stadtanzeiger vom 8. 6. 1977
(7) Frankfurter Rundschau vom 12. 8. 1978
(8) zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 26. 6. 1978
(9) bei einer Podiumsdiskussion der Ruhrfestspiele zit. nach Welt der Arbeit vom 17. 5. 1979
(10) Selbmann in: Frankfurter Hefte Nr. 10/78
(11) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17. 8. 1978
(12) zit. nach Der Spiegel vom 27. 8. 1979
(13) zit. nach Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 25. 9. 1978
(14) Süddeutsche Zeitung vom 17. 3. 1979
(15) zit. nach Der Spiegel vom 27. 8. 1979
(16) Welt vom 21. 7. 1979
(17) Süddeutsche Zeitung vom 19. 9. 1977
(18) zit. nach Die Zeit vom 3. 11. 1978
(19) zit. nach Ruhr Nachrichten vom 30. 1. 1979
(20) Welt am Sonntag vom 3. 12. 1978
(21) Die Zeit vom 1. 12. und 8. 12. 1978
(22) Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 7. 1. 1979
(23) Ruhr Nachrichten vom 25. 7. 1979
(24) zit nach Ruhr Nachrichten vom 16. 2. 1979
(25) Welt am Sonntag vom 19. 8. 1979
(26) Der Spiegel vom 27. 8. 1979
(27) Ruhr Nachrichten vom 25. 8. 1978

(28) laut Der Spiegel vom 27. 8. 1979
(29) Welt am Sonntag vom 10. 9. 1978
(30) Ruhr Nachrichten vom 12. 7. 1979
(31) Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 7. 1979
(32) Die Zeit vom 11. 8. 1978 mit dem Beispiel von Asylanten in Bayern eine Reihe anderer Beispiele ließe sich anhand von Presseberichten aus allen westdeutschen Gebieten anführen
(33) zit. nach Ruhr Nachrichten vom 1. 12. 1976
(34) zit. nach Stern 8/79
(35) zit. nach Die Welt vom 19. 1. 1978
(36) Der Spiegel vom 22. 5- 1963
(37) in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 21. 12. 1976
(38) Referat auf der Tagung der Südosteuropa-Geselschaft in der Akademie Tutzing am 16. 11. 1976



NATIONALDEMOKRATEN

Das große Geld der Politfunktionäre

Wir Nationaldemokraten gönnen jedem Bürger sein ehrlich verdientes Geld. Die Frage ist dabei, was ehrlich und sozial gerechtfertigt ist. Die Politiker in unserer Demokratie huldigen dabei zweifellos Vorstellungen, die mit denen eines Normalverbrauchers nicht übereinstimmen.

Dazu einige Beispiele:

● Der ehemalige Wirtschaftsminister und jetzige Sprecher der Dresdner Bank **Dr. Ernst Friderichs (FDP)** ist mit seinen 48 Jahren einsame Spitze. Er bezieht bis Ende 1980 Übergangsgelder als Minister von insgesamt 273 000 DM. Als Bankchef verdient er 800 000 Mark im Jahr sowie Tantiemen in etwa der gleichen Höhe.

● **Willy Brandt, 65, Exkanzler (SPD)** geht es glänzend. Seine Kanzlerpension beträgt monatlich DM 11 098, dazu kommen 7 500 DM als Bundestagsabgeordneter und die steuerfreie Unkostenpauschale von 4 500 Mark. Als neugebackener Europa-Parlamentarier erhält er weitere 7 500 DM nebst 2 500 DM steuerfreier Spesengelder aus der EG-Kasse. Das macht zusammen 32 098 DM.

Die steuerfreien Aufwandsentschädigungen als SPD-Vorsitzender, Vorsitzender der Sozialistischen Internationale und Leiter der Nord-Süd-Kommission bedeuten mindestens eine Verdoppelung von Brandts monatlichen Einkünften.

Nebenbei: Die SPD zahlt ihm seine 5-Zimmer-Wohnung in Unkel, wo er nach der Trennung von seiner Ehefrau mit seiner Freundin Brigitte Seebacher (32) lebt. Zusätzliche Einkünfte: Tantiemen aus dem Verkauf seiner 5 Bücher.

● **Gerhard Schröder, 69, (CDU)** kommt auf etwa 40 000 DM monatlich. Er war 16 Jahre lang Bundesminister des Innern, des Äußeren und für Verteidigung und ist jetzt Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Bundestags.

● **Genosse Generaldirektor Alex Möller, 76, (SPD)** braucht eigentlich keine Pension. Sein persönliches Vermögen wird auf 20 Millionen geschätzt. Dennoch: Seine Pensionsbezüge als Ex-Finanzminister Ex-Bundestags- und Ex-Landtagsabgeordneter summieren sich auf ca. 22 000 DM monatlich – und von der Karlsruher Lebensversicherung, bei der er Generaldirektor war und etwa 10 Großunternehmen, bei denen er in Aufsichtsräten saß oder noch sitzt, kommen monatlich etwa 100 000 DM dazu.

● Weitere Zahlen heben wir uns für eine nächste Ausgabe auf.

Aus allem ergibt sich für uns Nationaldemokraten folgende Überlegung:

● **Wie Freiheit ohne Verantwortung zur Entartung des Freiheitsbegriffes führen muß, so muß auch Verdienst ohne Haftung zur Entartung, zu Drohnen- und Bonzentum führen.**

Der ehrliche Unternehmer muß mit seinem persönlichen Eigentum das Risiko für Fehlentscheidungen, selbst wenn diese auf Umstände zurückzuführen sind, die er gar nicht zu verantworten hat, tragen. Der Wirtschaftsmanager in den großen Kapitalgesellschaften unserer modernen Industriegesellschaft ist davon weitestgehend frei, der Politiker ist es völlig.

Hier spricht der NHB:

Nationaldemokratischer Hochschulbund

WENN

... Du Oberschüler bist und Dir die linken und schwarzen Lehrer auf den Geist gehen ...

... Du Student bist und von den linken Gruppen von SHB über LHV bis MSB die Schnauze voll hast ...

... Dir auch der nichtssagende, nichtstuende RCDS nichts bringt ...

... Dich die reaktionären oder liberalen Burschenschaften enttäuschen, die nur noch Bier, nicht aber „Ehre – Freiheit – Vaterland" kennen ...

... Du nationale Schüler und Studenten und fortschrittliche Burschenschafter kennenlernen willst ...

... Du der Meinung bist, daß die alten Parteien abgewirtschaftet haben ...

... Du meinst, nicht nur Vietnamesen und Afrikaner haben das Recht auf Selbstbestimmung, sondern auch das deutsche Volk ...

... Du für eine leistungsorientierte Hochschule bist ...

DANN

... solltest Du schon längst im „Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB)" sein!

NHB-Bundesvorstand, Holzstraße 49/I, 8000 München 5, Tel. (0 89) 26 45 41 (Tag und Nacht!)

NHB

Sei kein Außenseiter – komm zu uns!